
Änderungs-/Ergänzungsanträge

KSD

Im Anschluss an die Reden der Fraktionsvorsitzenden sagte RM Dr. Ciccarello, dass er es stets begrüßt habe, dass die Stadtverwaltung im Rahmen der Hochstraße Nord den Weg für eine Bürgerbeteiligung ansatzweise gegangen sei. Er begrüße es auch, dass im weiteren Planungsprozess die Bürger am Entscheidungsprozess partizipieren sollen.

Er hielt es für sehr interessant, dass die Oberbürgermeisterin von der Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit angetan war, wie die Bürger bei der Diskussion der Vorzugsvariante mit ihr ins Gespräch gekommen seien. Dies sei kein Zufall, denn es decke sich genau mit der Alltagspraxis, dass sobald die Bürger Entscheidungen zu treffen hätten, die sie unmittelbar betreffen, diese Entscheidungen ziemlich treffsicher auch trafen.

Deshalb stelle er an dieser Stelle den Änderungsantrag, dass nämlich die Entscheidung für die Vorzugsvariante per Bürgerentscheid zu treffen sei; z. B. gemeinsam mit der Kommunalwahl am 25.05.2014, weil der Ansatz zur Bürgerbeteiligung nicht nur halb, sondern gänzlich vollzogen werden sollte.

RM Elke Bauer sagte, dass sie grundsätzlich für positiv halte, wenn die Bürgerinnen und Bürger gefragt würden. Die Verwaltung habe auch viel Energie und hohe Kosten bei dem Thema Bürgerbeteiligung investiert. Sie frage sich aber, was die Bürgerbeteiligung für einen Sinn mache, wenn am Ende die Bürger ihre Meinung äußern könnten, aber nicht mitentscheiden dürften.

Die Beteiligung der Menschen, die ihre Meinung geäußert hätten, lag bei ca. 4 % der Wahlberechtigten. Dies bedeute, dass 96 % der Wahlberechtigten in Ludwigshafen ausgegrenzt würden, was die Entscheidung betreffe; müssten aber in den nächsten Jahrzehnten mit der Entscheidung leben. Schließlich seien die Bürgerinnen und Bürger diejenigen, die nicht nur während der Bauzeit, sondern in den nächsten Jahrzehnten mit der Entscheidung des Stadtrates - wie sie auch immer ausfalle – leben müssten.

Das Ergebnis der Bürgerumfrage sei auch zu erwarten gewesen. Schließlich seien die Vorteile der langen Stadtstraße in vielen Bereichen sehr optimistisch bewertet worden, angefangen beim Totschlag-Argument Kosten, wo ja eben verschwiegen wurde, dass noch 'zich Millionen zusätzlich entstünden, für Teilabriss und Aufbau der Rathaus-Centers. Diese Kosten werde ECE sicherlich nicht übernehmen, sondern die dürfe natürlich die Stadt Ludwigshafen tragen. Zweifel bestünden natürlich auch hinsichtlich der Förderfähigkeit derartiger Kosten. Dieses Argument „günstige Kosten“ für die Stadtstraße lang sei hinfällig.

Genauso wie die Umweltbelastung, die so positiv dargestellt wurde, und die Fahrdauer, die nur um 2,5 Minuten verlängert würde. Das klinge doch alles recht optimistisch. Es sei eher damit zu rechnen, dass sich während des Berufsverkehrs eine Blechlawine durch die Stadtstraße wälze, die Fahrzeuge meistens stünden und die Umwelt verpesteten. Die einzig leistungsfähige Variante, die einen einigermaßen umweltgerechten Verkehrsdurchfluss gewährleiste, sei ihrer Meinung nach die versetzte Hochstraße, für die sie votieren werde.

Bgo. Dillinger stellte klar, dass bei allen vier Varianten Entschädigungs- und Ersatzfragen auf die Stadt zukämen. Sowohl bei den zwei Hochstraßenvarianten, als auch bei der Brückenkonstruktion der kurzen Stadtstraße über die Mall des Rathaus-Centers, müsste dort zunächst abgerissen werden und über viele Jahre Parkdecks geschlossen werden. Ersatzzufahrten müssten gebaut werden, weil die heute bekannten Parkhausspindeln abgerissen würden. Dies sei bereits von Herrn Lorch und seinen Kollegen in der Januar-Sitzung und noch weit vorher bereits eingehend dargestellt worden. Dies sei auch Thema in den letzten Monaten im Lenkungskreis gewesen.

Es wurde auch mit ECE und dem Gebäudeeigentümer diskutiert, über 11, 12 oder 13 Jahre eine Großbaustelle über dem Dach des Rathaus-Centers zu haben, über den Dächern der Geschäfte zu haben, mit all den Einschränkungen, Belästigungen und Belastungen. Gerade das habe zu dem gemeinsamen Entschluss mit dem Gebäudeeigentümer und mit der ECE geführt, zu untersuchen, ob es nicht sinnvoller wäre, gerade für den Betrieb des Rathaus-Centers, diesen nördlichen Teil zur Disposition zu stellen und die damals noch kurze Stadtstraße zur langen Stadtstraße zu machen.

Insofern müsse man festhalten: Entschädigungsfragen kämen bei allen vier Varianten auf die Stadt zu. Der Prozess hin zur langen Stadtstraße mit dem Teilabbruch der nördlichen Rathaus-Mall sei mit dem Betreiber ECE und mit dem Gebäudeeigentümer abgestimmt. Wie dieses Verfahren aussehen werde, wie man zu den konkreten Zahlen komme, werde dann auch auf einer ganz nüchternen Grundlage gerechnet werden. Es gebe auf der Basis des Planfeststellungsverfahrens - das man sehr wahrscheinlich durchführen werde - Bewertungsrichtlinien. Auch darüber habe man sich geeinigt, wie man da miteinander umgehen werde.

Einkalkuliert in den Kosten für die lange Stadtstraße seien der Abbruch dieser nördlichen Mall-Anteile, die Überdeckung des Warenhofes und des verbleibenden Kellergeschosses der Rathaus-Mall, der Teilumbau der Gebäudetechnik, die Errichtung von neuen Parkhausspindeln - wahrscheinlich im Westen des Gebäudes - damit zu Beginn der Bauarbeiten bei der Straßenlösung eine neue Zu- und Abfahrt zum Rathaus-Center bestehe; insofern es für die Kunden des Rathaus-Centers von Anfang über die gesamte Bauzeit klar sei, wo die Zu- und Abfahrten sind und es nicht mehr zu diesem Wechsel von verschiedensten Zufahrten und Behelfskonstruktionen komme, die man bei anderen Varianten hätte.

Zur Stadtstraße selbst sei zu sagen, dass die Breite von 50 m ein städtebauliches Maß sei. Die seien keine Fahrbahnen über 50 m Breite, sondern dazu gehörten auf jeder Seite 10 m Streifen für Fußgänger und Radfahrer, für jeweils eine Doppelreihe Alleebäume und ein bis zu 9 m breiter, grüner Mittelstreifen.

OB Dr. Lohse sagte, dass man unterschiedlicher Meinung sein könne und andere Meinungen akzeptiert würden. Wenn man aber letztendlich das Für und Wider gegeneinander abwäge, sei die lange Stadtstraße die Straße, der man den Vorzug geben müsse. Die Wortbeiträge heute hätten deutlich gemacht, wo die Vorzüge, die Chancen, die Perspektiven der langen Stadtstraße lägen.

Am Ende sei heute die Sachfrage entscheidungsreif. Der Fördergeber erwarte, dass sich die Stadt jetzt festlege. Es gehöre dazu, dass eine so große Entscheidung vom Stadtrat generell zu entscheiden sei. Deswegen sei man heute hier und es liege eine Entscheidung auf dem Tisch und man sollte jetzt in die Entscheidung eintreten.

OB Dr. Lohse stellte zum weiteren Verfahren und der Behandlung der Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge fest, dass der Antrag der FWG im Grunde ein Vertagungsantrag sei. Da Herr Dr. Metz sich auch für die Verwaltungsvorlage ausgesprochen habe, fragte sie ihn, ob der Antrag der FWG damit zurückgezogen sei. Dies verneinte Herr Dr. Metz.

Daraufhin schlug OB Dr. Lohse folgende Geschäftsordnung für das jetzt stattfindende Abstimmungsverfahren vor:

Zuerst sei über Vertagungsanträge abzustimmen. Man habe drei Vertagungsanträge: einen der FDP, einen der FWG und einen von Herrn Dr. Ciccarello. Der weitestgehende Antrag sei der Antrag der FDP, dann folge der Ciccarello-Antrag und schließlich der FWG-Antrag.

Sollten die Vertagungsanträge negativ beschieden werden, kämen die Sachanträge zur Abstimmung. Als Sachantrag liege ein Ergänzungsantrag von SPD und CDU vor, über den als nächstes abzustimmen wäre. Wenn ein erweiterter Sachantrag, ein Ergänzungsantrag, eine Mehrheit finden würde, käme der ursprünglichen Sachantrag nicht mehr zur Beschlussfassung, weil sich der Hauptantrag erledigt habe bzw. jetzt in der Form des Ergänzungsantrages vorliege.

OB Dr. Lohse stellte den Vertagungsantrag der FDP zur Abstimmung:

Beschluss des Stadtrates

Antrag mit Mehrheit gegen fünf Stimmen, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt -----

OB Dr. Lohse stellte den Vertagungsantrag von Herrn Dr. Ciccarello zur Abstimmung:

Beschluss des Stadtrates

Antrag mit Mehrheit gegen zwei Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt -----

OB Dr. Lohse stellte den Vertagungsantrag der FWG zur Abstimmung:

Beschluss des Stadtrates

Antrag mit Mehrheit gegen sieben Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt -----

OB Dr. Lohse stellte den Verwaltungsvorschlag, ergänzt durch den Antrag von SPD und CDU, zur Abstimmung:

Beschluss des Stadtrates:

Antrag mit Mehrheit gegen sechs Stimmen beschlossen.-----

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Sanierung „Hochstraße Nord/City West,“

KSD 20146375

FDP-Stadtratsfraktion Ludwigshafen a.Rh.



FDP-Fraktion – Heinigstraße 37, 67059 Ludwigshafen a. Rh.

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen am Rhein

FDP –Stadtratsfraktion
Der Vorsitzende
Dr. Thomas Schell
Heinigstraße 37
67059 Ludwigshafen am Rhein

Telefon: 0621-5911770
Fax: 0621-5911777
E-Mail: thomas.schell@fdp-lu.de

Ludwigshafen, 14.03.2014

Antrag zur Stadtratssitzung am 24.03.2014 Sanierung „Hochstraße Nord/City West“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse,

die FDP-Stadtratsfraktion beantragt, über die Festlegung der Sanierungsvarianten noch nicht abschließend zu entscheiden. Neben der ebenerdigen Lösung soll die Variante versetzte Hochstraße als Option weiter ausgelotet und den Verhandlungspartnern aus Land und Bund vorgetragen werden. Hierbei sollen die förderfähigen Elemente der Sanierung durch Bund und Land, sowie deren Vorgaben für die Förderung der angestrebten Lösungen ermittelt und verhandelt werden. Erst wenn bekannt ist, welche Maßnahmen des gesamten Bauwerks in eine prozentuale Förderung einbezogen werden, lassen sich die tatsächlichen Belastungen für die Stadt und die Bürger einschätzen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Schell
Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion

(Beschlussfassung siehe TOP 2.1)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Einbeziehung des Rathaus-Centers

KSD 20146397



**Freie Wählergruppe
Ludwigshafen e.V.
Stadtratsfraktion**

FWG, Freie Wählergruppe Ludwigshafen
Schuckertstraße 8, 67063 Ludwigshafen

**An
Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse**

Ludwigshafen, den 18.02.2014

**Änderungsantrag zur Sitzung des Stadtrates am 24.03.2014
Top 2 „Abriss der Hochstraße Nord – und was kommt danach?“
Einbeziehung des Rathaus-Centers**

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

Zum Top 2 stellen wir den folgenden Änderungsantrag:

Bevor die weiteren Planungen zur Stadtstraße lang konkretisiert werden, wird die Zukunft des Rathaus-Centers in Bezug auf den Weiterbetrieb und die finanziellen Auswirkungen geklärt und konkretisiert.

Laut der vorliegenden Planung wird bei der Variante der langen Stadtstraße der nördliche Teil des Rathaus-Centers abgerissen.

Die Zukunft des Centers ist vollkommen ungeklärt. Weder gibt es Kostenschätzungen für die Ausgleichszahlungen an den Betreiber ECE und den Besitzer, noch ist geklärt, ob ein Anbau zum Ausgleich des wegfallenden Teils erfolgt und welche Kosten dadurch entstehen. Bevor hier die Planungen mit hohen Kosten weiter verfolgt werden, muss in diesem Bereich Klarheit hergestellt werden.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rainer Metz
Fraktionsvorsitzender

(Beschlussfassung siehe TOP 2.1)

Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und CDU;
Ergänzungsantrag "City West/Erneuerung der Hochstraße Nord"

KSD 20146399



Stadtratsfraktion
Ludwigshafen am Rhein



CDU

STADTRATSFRAKTION
LUDWIGSHAFEN

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Stadtverwaltung
Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen

Antrag zur Stadtratssitzung am 24.03.2014

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von SPD und CDU stellen zur Stadtratssitzung am 24.03.2014 zu Tagesordnungspunkt 2 "City West / Erneuerung der Hochstraße Nord" folgenden Antrag.

Der Stadtrat möge beschließen:

Ergänzend zu der Beschlussfassung über die Variante "Stadtstraße lang", die als Vorzugsvariante dem weiterem Planungsprozess zu Grunde zu legen ist, wird die Verwaltung beauftragt:

1. Zur Ermittlung der dem Eigentümer des Rathauscenters zu zahlenden Entschädigung wird ein umfassendes Wertgutachten erstellt. Dabei werden die Bewertungskriterien (Ertragswert, Sachwert etc.) entsprechend dem Planfeststellungsverfahren zu Grunde gelegt. Über die Entwicklung und Zwischenergebnisse ist regelmäßig im Bau- bzw. Hauptausschuss zu berichten.
2. Die Anbindung und Verbindung zwischen der nördlichen und südlichen Innenstadt wird nochmals unter jedem Aspekt umfassend geprüft. Dabei werden insbesondere Möglichkeiten zur Realisierung kreuzungsfreier Querungen für Radfahrer und Fußgänger geprüft und bewertet.
3. Die Lärmschutzkonzeption wird nochmals besonders dahingehend überprüft, ob eine weitere Verbesserung bei den Belastungswerten erreicht werden kann. Die zu erwartenden Umweltbelastungen, wie die Lärm- und Staubentwicklung inkl. Stickoxyde, auf Bewohner, Passanten und Immobilien sollen während der einzelnen Bauphasen und nach dem Bau gutachterlich untersucht und die Messergebnisse dokumentiert werden.

4. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept für ein umfassendes Baustellen- und Umleitungsmanagement für die einzelnen Rückbau- und Bauphasen. Dieses Konzept ist den stadträtlichen Gremien und der Öffentlichkeit rechtzeitig zu präsentieren.
5. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der RNV und allen anderen tangierten Anbietern intensiv die Verbesserung des ÖPNV- Angebots während und nach der Bauphase. In die Betrachtung ist neben dem Bus- und Straßenbahnangebot auch die S-Bahn mit einzubeziehen. Ein umfassendes ÖPNV- Konzept ist zu erarbeiten.
6. Die Entwicklung der Parkraumsituation ist rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten zu begutachten. Eine Parkplatzbilanz, abstellend auf die unterschiedlichen Rückbau- und Bauphasen ist zu erstellen. Die Möglichkeit, zeitweise Ersatzparkplätze zu schaffen und anzubieten, ist zu prüfen.
7. Eine Kreuzungs- und Signalsimulation für die "Stadtstraße lang" ist zu erstellen, um mögliche Stau- und Verkehrsflussverzögerungsszenarien noch besser nachvollziehen und abschätzen zu können. Zugleich ist eine umfassende Verkehrsplanung unter besonderer Berücksichtigung der angrenzenden Stadtteile zu erstellen. In diesem Zusammenhang sollen auch die Auswirkungen einer eventuellen Sperrung der Hochstraße Nord für den Lkw-Verkehr mit untersucht werden.
8. Mit dem umliegend ansässigen Einzelhandel, insbesondere in der Innenstadt und im Hemshof, werden intensiv und strukturiert Maßnahmen und Konzepte diskutiert, um die Attraktivität der Stadt für Kunden und Besucher auch während der Bauphase auf möglichst hohem Niveau zu halten.
Die Entwicklung der Nachversorgungssituation im und in Umfeld des Rathauscenters ist besonders zu beobachten. Bei sich abzeichnendem Wegfall eines Nahversorgers ist rechtzeitig auf die Schaffung eines gleichwertigen Ersatzes hinzuwirken.
9. Die Ausgestaltung der Grünachse zwischen Friedenspark und Rhein soll in einem strukturierten Verfahren unter Einbindung von regionalen Planern erarbeitet werden.
10. Wie bei dem Projekt "heute für morgen" ist ein permanenter Informationsfluss und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Politik in der Stadt sicherzustellen. Hierzu erarbeitet die Verwaltung ein umfassendes Kommunikationskonzept unter Nutzung aller – alter und neuer - Medien.

Weitergehende Begründung in der Sitzung mündlich.

Heike Scharfenberger
Fraktionsvorsitzende

Heinrich Jöckel
Fraktionsvorsitzender

- - -

(Beschlussfassung siehe TOP 2.1)